

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Nelly Waldeck (KV Kiel)

Titel: **Ä1 zu A16: Stärkung der kommunalen
Autonomie bei der Gestaltung von
Anwohner*innenparkgebühren**

Antragstext

Von Zeile 4 bis 7:

Konkret soll die Landesregierung umgehend die notwendigen rechtlichen Grundlagen schaffen, die den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, ~~die jährlichen Gebühren für Anwohner*innenparkausweise auch deutlich über den derzeitigen Maximalbetrag von 90 Euro festzulegen.~~ vollständig selbst über die Höhe der Anwohner*innenparkausweise zu bestimmen.

Begründung

Mit dem Koalitionsvertrag 2022 wurde vereinbart, den Maximalbetrag von 30€/Jahr aufzuheben und einen Gestaltungsspielraum zu eröffnen. Dieser wurde allerdings im Kompromiss mit einem Deckel von maximal 90€ versehen. Das Ziel sollte sein, den Deckel gänzlich abzuschaffen. Der Änderungsantrag ist mit Mandy rückgekoppelt und wird übernommen.

Unterstützer*innen

Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen), Gerd Weichert (KV Dithmarschen), Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg), Sven Gebhardt (KV Flensburg), Mandy Siegenbrink (KV Lübeck), Arne-Matz Ramcke (KV Lübeck), Anke Erdmann (KV Kiel), Sascha Peukert (KV Lübeck)